A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	3
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz	3
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz	6
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten	11
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht.....	13
A.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst	13
A.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz.....	14
A.7	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft	14
A.8	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr	17
A.9	Regierungspräsidium Freiburg – Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg.....	17
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau.....	18
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 56 - Naturschutz und Landschaftspflege	19
A.12	Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst BW	20
A.13	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein.....	21
A.14	Regionalverband Südlicher Oberrhein.....	21
A.15	Amprion GmbH	22
A.16	PLEdoc GmbH	22
A.17	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.....	23
A.18	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V.	23
A.19	Stadt Freiburg im Breisgau – Stadtplanungsamt	24
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	25
B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB ALB Abfallwirtschaft.....	25
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 320 Gesundheitsschutz	25
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation.....	25
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung .	25
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger	25
B.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Straßenwesen und Verkehr	25
B.7	bnNETZE GmbH	25
B.8	ED Netze GmbH	25
B.9	terranets bw GmbH.....	25
B.10	Unitymedia BW GmbH.....	25
B.11	Vermögen und Bau Baden-Württemberg	25
B.12	Gemeinde Schliengen.....	25
B.13	Gemeinde Bad Bellingen	25
B.14	Gemeinde Hartheim	25
B.15	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz.....	25
B.16	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege Dienstsitz Freiburg.....	26
B.17	Communauté de Communes, Porte de France Rhin-Sud.....	26
B.18	Deutsche Telekom Technik GmbH.....	26
B.19	EnergieDienst AG	26
B.20	Deutsche Erdgas-Transportgesellschaft Ruhrgas AG.....	26
B.21	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland.....	26
B.22	Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V.....	26

B.23	Gemeinde Auggen	26
B.24	Gemeinde Buggingen	26
B.25	Gemeinde Eschbach.....	26
B.26	Stadt Heitersheim.....	26
B.27	Stadt Müllheim	26
B.28	Gemeinde Badenweiler.....	26
B.29	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler.....	26
B.30	Gewerbepark Breisgau	26
B.31	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit	26
B.32	Deutsche Post Bauen GmbH.....	26
B.33	Abwasserzweckverband “Weilertal“	26
B.34	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – Sparte Verwaltungsaufgaben.....	26
B.35	NABU	26
B.36	Handwerkskammer	26
B.37	Handelsverband Südbaden e.V.	26
B.38	Polizeiposten Neuenburg am Rhein	26
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	26

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
A.1.1	<p>Gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Bebauungsplan entwickelt sich nicht aus einem genehmigten Flächennutzungsplan, er ist aber aus dem Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes entwickelt. Eine Bekanntmachung des Bebauungsplanes kann also erst nach Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes oder der Genehmigung des Bebauungsplanes erfolgen.</p> <p>Der Stand des Parallelverfahrens sollte in der Begründung zum Bebauungsplan entsprechend den einzelnen Planungsphasen ersichtlich sein.</p> <p>Das Landratsamt geht davon aus, dass zum Zeitpunkt der Genehmigungsvorlage die Parallelität gegeben sein wird oder eine Genehmigung des Bebauungsplanes nicht erforderlich wird, wenn das FNP-Verfahren entsprechend zügig abgeschlossen werden kann.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><i>[Der Feststellungsbeschluss der Flächennutzungsplanänderung wurde zwischenzeitlich am 29.04.2019 gefasst. Der vorliegende Bebauungsplan kann aus dem mittlerweile geänderten Flächennutzungsplan entwickelt werden.]</i></p> <p>Wird berücksichtigt. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und ist so vorgesehen.</p>
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.1.2	<p>Zum Ausschluss bestimmter allgemein bzw. ausnahmsweise zulässiger Nutzungsarten oder Anlagen unter Punkt 1.1.1 der planungsrechtlichen Festsetzungen sollten noch die entsprechenden Rechtsgrundlagen genannt werden (§ 1 Absätze 5 und 6 Nr. 1 bzw. Absatz 9 BauNVO).</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Bebauungsvorschriften werden um die genannten Rechtsgrundlagen ergänzt.</p>
A.1.3	<p>Wir geben zu bedenken, dass auf der Rechtsgrundlage des § 8 Absatz 3 Nr. 1 BauNVO im Gewerbegebiet ausnahmsweise Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter zugelassen werden können. Die unter Punkt 6.1 der Begründung gemachten Ausführungen zur evtl. Realisierung von Werkwohnungen</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Durch die Festsetzung soll die Möglichkeit für Änderungen bzw. Erweiterungen an der bereits bestehenden Betriebsleiterwohnung planungsrechtlich gesichert werden. Werkwohnungen für „normale“ Arbeitnehmer sollen nicht ermöglicht werden.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend an dieses Pla-</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>ist insofern unzutreffend, als dass solche für den „normalen“ Arbeitnehmer aufgrund dieser Regelung nicht realisierbar sind. Auch Werkswohnungen für Arbeitnehmer, die nicht unter den privilegierten Personenkreis fallen, sind dem allgemeinen Wohnen zuzuordnen. Wir regen daher an, die Zielsetzung der Planung in Bezug auf Werkswohnungen zu prüfen und ggf. die Festsetzungen oder aber die Begründung zu modifizieren.</p>	<p>nungsziel angepasst.</p>
<p>A.1.4</p>	<p>Zur Festsetzung der Grundflächenzahl regen wir an, in den planungsrechtlichen Festsetzungen unter Punkt 1.2 (Maß der baulichen Nutzung) noch einen Verweis auf die entsprechende Festsetzung im zeichnerischen Teil aufzunehmen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Ein Verweis auf die entsprechende Festsetzung in der Planzeichnung, wird dem Textteil der Bebauungsvorschriften hinzugefügt.</p>
<p>A.1.5</p>	<p>In Bezug auf die unter Punkt 1.2.1 der planungsrechtlichen Festsetzungen getroffene Festsetzung des unteren Bezugspunktes, sollte noch grundsätzlich festgelegt werden, welcher Punkt der Straßenoberkante jeweils zu Grunde zu legen ist (von der Mitte des Gebäude aus senkrecht zur Straße?). Ferner sollte für die an die Erschließungsstraße und an den land- und forstwirtschaftlichen Weg angrenzenden Grundstücke die / der jeweils für die Bemessung des unteren Bezugspunktes relevante Straße / Weg (höchster Punkt von mehreren möglichen Bezugspunkten?) festgelegt werden.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Statt Bezug auf die Verkehrsflächen zu nehmen, wird die max. Gebäudehöhe auf 226 m ü NN festgesetzt. Dies entspricht in etwa 12 m über dem land- und forstwirtschaftlichen Weg im Plangebiet.</p>
<p>A.1.6</p>	<p>Unter Punkt 6.3 der Begründung der Zulässigkeit von Nebenanlagen auch außerhalb der überbaubaren Flächen wird auf den im zeichnerischen Teil dargestellten Gefährdungsbereich Wald eingegangen.</p> <p>Nach den zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplans überschneidet sich in zwei Teilbereichen allerdings auch die Festsetzung der überbaubaren Flächen mit der Kennzeichnung des Gefährdungsbereiches Wald (= Waldabstand). Der Waldabstand nach § 4 Absatz 3 Satz 1 LBO würde hier aufgrund abweichender Festsetzungen im Bebauungsplan nicht eingehalten. Wir regen an zu prüfen, ob dies so beabsichtigt ist. Für diesen Fall wäre noch der Vorrang des Bauplanungsrechts gegenüber der Waldabstandsregelung des § 4 Absatz 3 Satz 1 LBO klarzustellen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies ist so beabsichtigt. Aufgrund der Tatsache, dass mögliche Erweiterungsflächen für das Firmengelände durch Schutzgebiete, Wald, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete stark eingeschränkt sind, sollen auf dem bestehenden Gelände alle Möglichkeiten zur Nachverdichtung genutzt werden. Es gibt eine Vielzahl von Nutzungen, die nicht dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen und die daher im Gefährdungsbereich zugelassen werden können (z.B. Stellplätze Garagen, Carports, Lageflächen, Lagerhallen etc.). In die Bebauungsvorschriften wird daher eine Festsetzung aufgenommen, die regelt, dass auf den festgesetzten überbaubaren Flächen, die innerhalb des Gefährdungsbereichs Wald liegen, nur Nut-</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Wir weisen in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass unabhängig von den planungsrechtlichen Festsetzungen im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren im Einzelfall von der Baurechtsbehörde zu prüfen wäre, ob von dem Wald oder auch nur von einzelnen Bäumen eine konkrete Gefahr ausgeht. Zur Beurteilung der Gefahrenlage ist im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange dann jeweils die Forstverwaltung zuständig. Wir regen an, auf diese Besonderheit in der Begründung hinzuweisen.</p> <p>Alternativ regen wir an, die Baugrenzen deckungsgleich mit dem Gefährdungsbereich Wald festzusetzen (vgl. auch Stellungnahme FB 510 - Forst).</p>	<p>zungen zulässig sind, die nicht dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird aus oben genannten Gründen nicht berücksichtigt.</p>
A.1.7	<p>Zutreffende Rechtsgrundlage für die unter Punkt 2.2 örtlichen Bauvorschriften getroffene Regelung der Anforderungen an die Gestaltung der Plätze für bewegliche Abfallbehälter ist § 74 Absatz 1 Nr. 3 LBO. Dies sollte noch entsprechend korrigiert werden.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Rechtsgrundlage wird entsprechend angepasst.</p>
A.1.8	<p>§ 74 Absatz 1 Nr. 5 LBO bietet die Rechtsgrundlage zur Regelung der Unzulässigkeit von Niederspannungsfreileitungen nur für neue Baugebiete. Im vorliegenden Fall erfolgt jedoch eine Überplanung eines überwiegend bereits bestehenden Baugebietes. Wir regen daher an, Punkt 2.5 der örtlichen Bauvorschriften zu streichen.</p> <p>Allerdings ermächtigt § 9 Absatz 1 Nr. 13 BauGB dazu, die Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsleitungen festzusetzen. Dies beinhaltet zwar, bei der einzelnen Leitung eine oberirdische oder unterirdische Trassenführung vorzuschreiben, nicht jedoch, einen generellen Ausschluss oberirdischer Versorgungsleitungen unabhängig von einer konkreten Trassenführung (vgl. Verwaltungsgerichtshof Bayern, Urteil vom 04.08.2010 - 1 N 07.3044). Dies hat zur Folge, dass die Gemeinde entweder zusätzlich zu einer textlichen Festsetzung auch die Trasse der jeweiligen Versorgungsleitungen festzusetzen hat (planarisch oder zumindest textlich) um eine unterirdische Verlegung der Leitung zu erreichen.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Da sich das gesamte Plangebiet, abgesehen von den öffentlichen Verkehrsflächen, ohnehin im Besitz der ansässigen Firma befindet, ist eine Regelung bezüglich Freileitungen nicht notwendig. Auf die örtliche Bauvorschrift Ziffer 2.6 wird daher verzichtet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Auch eine planungsrechtliche Festsetzung ist aus oben genannten Gründen entbehrlich. Zudem wird aus gestalterischen Gründen auf eine verbindliche Regelung bezüglich der Freileitungen verzichtet, da das Firmengrundstück für die Allgemeinheit diesbezüglich nicht wesentlich in Erscheinung tritt.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1.9	Die Baugrenzen sollten in der Planzeichnung so vermaßt werden, dass Lage und Verlauf der Festsetzungslinien genau bestimmbar sind, dies gilt insbesondere für die Festsetzung der Baugrenze im Bereich zwischen Erschließungsstraße und land- und forstwirtschaftlichen Weg.	Dies wird berücksichtigt. Die Vermassung wird entsprechend präzisiert.
A.1.10	Im zeichnerischen Teil ist die Nutzungsschablone zwar auf der südlichen Gewerbefläche platziert, verweist allerdings lediglich auf die nördlich des land- und forstwirtschaftlichen Weges gelegene Gewerbefläche. Wir regen daher an die - wohl für den gesamten Geltungsbereich beabsichtigte - Festsetzung so zu treffen, dass die Nutzungsschablone eindeutig beiden Gewerbeflächen zugeordnet wird.	Dies wird berücksichtigt. Der Sachverhalt wird in der Planzeichnung klargestellt.
A.1.11	Der vorliegende Bebauungsplan sieht ein Gewerbegebiet in einiger Entfernung von einem Wohngebiet vor. Mögliche Nutzungskonflikte (z.B. durch Lärm) sind in die Abwägung einzustellen und es ist ggf. zu prüfen, ob zu deren Vermeidung Festsetzungen erforderlich sind. Wir verweisen diesbezüglich auf die Stellungnahme des Fachbereichs 450 (Gewerbeaufsicht). Zum Thema Lärm sollte in die Begründung ein separates Kapitel aufgenommen werden.	Die Anregung wird berücksichtigt. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde eine schalltechnische Untersuchung durch das Büro Fichtner durchgeführt. Gemäß der schalltechnischen Untersuchung sind hinsichtlich des Gewerbelärms und der Änderung der Verkehrslärmsituation in der Nachbarschaft keine Festsetzungen erforderlich. Die schalltechnische Untersuchung wird den Offenlageunterlagen beigelegt.
A.1.12	Die Begründung ist zu gegebener Zeit auf den Stand der endgültigen Planung unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses zu bringen.	Dies wird berücksichtigt. Die Begründung wird für die Offenlagefassung überarbeitet und ergänzt.
A.1.13	Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und zu gegebener Zeit um Übermittlung einer Ergebnismitteilung zu den von uns ggf. vorgetragenen Anregungen.	Dies wird berücksichtigt. Die weitere Verfahrensbeteiligung sowie die Übermittlung einer Ergebnismitteilung werden zugesichert.
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
	Im Einvernehmen mit dem Naturschutzbeauftragten nehmen wir zu dem oben genannten Bebauungsplan aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes wie folgt Stellung:	Wird zur Kenntnis genommen.
A.2.1	Artenschutz Als hier relevante Arten bzw. Artengruppen wurden Erhebungen und Prüfungen	Dies wird zugesichert Für die Artengruppe Fledermäuse wurde eine Stellungnahme (Einschätzung) im Vorfeld der Planung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>der Vögel und der Zauneidechse durchgeführt. Im beigefügten Gutachten des Büros ifö wird darauf hingewiesen, dass für die artenschutzrechtlich relevante Tiergruppe der Fledermäuse eine gesonderte Einschätzung abgegeben wurde, die allerdings den Planungsunterlagen nicht beigefügt ist und auch im Umweltbericht werden die Fledermäuse nicht thematisiert. Wir weisen darauf hin, dass Fledermäuse zu den nach § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG besonders und streng geschützten Arten gehören und in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt sind. Diese Artengruppe betreffend muss noch eine artenschutzrechtliche Einschätzung nachgereicht werden, zumal ein älterer Baumbestand mit potentiellen Fledermausquartieren gerodet werden soll.</p>	<p>abgegeben, die unter Berücksichtigung bestimmter Rahmenbedingungen eine Untersuchung von Fledermäusen nicht für notwendig erachtete. Diese Einschätzung wird im Umweltbericht zur Offenlage dargelegt.</p> <p>Da sich im Zuge der Frühzeitigen Beteiligung die Rahmenbedingungen veränderten, d.h., der bestehende Baumbestand auf dem Firmengelände voraussichtlich gerodet werden muss, wurde zur Offenlage eine artenschutzfachliche Relevanzprüfung für die Artengruppe Fledermäuse durchgeführt, die im Umweltbericht berücksichtigt und als Anlage beigefügt wird.</p>
A.2.1.1	<p>Zauneidechsen sind ebenfalls besonders und streng geschützt und in der FFH-Richtlinie in Anhang IV aufgeführt. Sie wurden im Untersuchungsgebiet nur als Einzeltiere gefunden. Der Umweltbericht geht von einer sehr kleinen Population aus. Die artenschutzrechtliche Prüfung kommt dennoch zu dem Ergebnis, dass das Tötungsverbot im Sinne von § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden kann und beantragt eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Dies allerdings ohne eingehend zu prüfen, ob mittels Vermeidungs-/Minimierungs- und/oder vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen das Eintreten des Verbotstatbestands vermieden werden kann, so z. B. durch Schaffung von Eidechsenhabitaten in räumlicher Nähe und gezielte Vergrämung von Tieren. Möglicherweise kann damit ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko vermieden werden. Spätestens zur Offenlage ist die artenschutzrechtliche Prüfung um die Vermeidungs-/ Minimierungs- und/oder vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen zu ergänzen. Die ggf. notwendigen Maßnahmen können als Ausgleichsmaßnahme angerechnet werden.</p>	<p>Dies wird zugesichert</p> <p>In der artenschutzrechtlichen Prüfung werden zur Offenlage Aussagen zur Vermeidung der Tötung von Zauneidechsen und zur Vergrämung gemacht.</p>
A.2.2	<p>Natura 2000-Prüfung</p> <p>Die Natura 2000 Prüfung bezieht sich ausschließlich auf das angrenzende Vogelschutzgebiet „Rheinniederung Neuenburg - Breisach“. Aus fachlicher Sicht ist das Ergebnis der Vorprüfung plausibel,</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>das erhebliche Beeinträchtigungen von Erhaltungszielen des Gebiets ausschließt.</p> <p>In diesem Bereich deckungsgleich mit dem Vogelschutzgebiet grenzt auch das FFH-Gebiet „Markgräfler Rheinebene von Neuenburg - Breisach“ unmittelbar an das Vorhabengebiet. Da keine unmittelbaren Eingriffe in das FFH-Gebiet hinein geplant sind, ist davon auszugehen, dass keine Erhaltungsziele des Gebiets durch das Vorhaben verletzt werden. Im betreffenden FFH-Gebiet ist unter anderem der nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützte Hirschkäfer gelistet. Der Hirschkäfer ist auch in Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführt. Der Hirschkäfer ist auf alte Eichen angewiesen, die laut Beschreibung auch innerhalb des Betriebsgeländes stehen und gefällt werden sollen. Sofern tatsächlich ältere Eichen gefällt werden müssen, ist durch einen Sachverständigen im Rahmen der Eingriffsregelung zu prüfen, ob Quartiere des Hirschkäfers betroffen sein könnten. Sollte dies der Fall sein, ist durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass keine Tiere oder deren Stadien geschädigt werden. Überdies könnten im nahen Umfeld mit gefällten Alteichen auch sog. „Hirschkäfermeiler“ hergestellt werden, die als Brutstätten für die Art dienen. Solche Maßnahmen könnten ebenfalls als Ausgleichsmaßnahmen anerkannt und angerechnet werden. Wir weisen darauf hin, dass sofern der Hirschkäfer auf dem Grundstück vorkommt, das Umweltschadensrecht anwendbar ist.</p>	<p>Zur Offenlage wurde eine Hirschkäferkartierung für das Planungsgebiet durchgeführt. Das Gutachten wird im Umweltbericht berücksichtigt und als Anlage angehängt.</p>
A.2.3	<p>Umweltbericht</p> <p>Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanz kommt zu dem Ergebnis, dass durch den Bebauungsplan ein Gesamtdefizit von 247.000 Ökopunkten entsteht, dieses soll außerhalb des Plangebiets ausgeglichen werden. Die Ausgleichsmaßnahmen sind im weiteren Verfahrensverlauf noch zu konkretisieren. Im Übrigen ist der Umweltbericht plausibel.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausgleichsmaßnahmen werden im weiteren Verfahrensverlauf konkretisiert.</p>
A.2.4	<p>Interner Ausgleich</p> <p>Zur Sicherung der internen Ausgleichsmaßnahme (Ziffer 1.7.1 der Bebauungsvorschriften), bitten wir diese durch die Aufnahme eines Verweises auf § 178</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>BauGB rechtlich zu sichern. Es ist auch ein Hinweis aufzunehmen, dass die Stadt Neuenburg die betroffenen Grundstückseigentümer verpflichten kann, die Pflanzgebote umzusetzen.</p>	
<p>A.2.5</p>	<p>Externer Ausgleich</p> <p>Sofern externe Ausgleichsmaßnahmen geplant sind, sind vor dem Satzungsbeschluss durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu sichern, sofern die Stadt Neuenburg Eigentümerin der Flächen ist. Andernfalls ist zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Vertrag noch eine dingliche Sicherung (Grundbucheintrag) notwendig. Der Nachweis darüber ist der unteren Naturschutzbehörde ebenfalls vor Satzungsbeschluss vorzulegen. In diesem Fall wird der Grundstückseigentümer ebenfalls Vertragspartner.</p> <p>Wir bitten einen entsprechenden Vertragsentwurf mit allen Anlagen rechtzeitig (d. h. mindestens zwei Wochen) vor dem Satzungsbeschluss bei der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Im Vertragsentwurf ist diese plangebietsexterne Ausgleichsmaßnahme dauerhaft (zumindest für einen Unterhaltungszeitraum von 25 Jahren) zu sichern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die Flächen, die für den Ausgleich herangezogen werden, auch tatsächlich verfügbar sein müssen. Im Rahmen der Ausgleichsplanungen ist eine Aussage über die Verfügbarkeit (z. B. ist die Fläche verpachtet? etc.) zu machen.</p>	<p>Dies wird zugesichert</p> <p>Die externen Ausgleichsmaßnahmen werden rechtzeitig vor Satzungsbeschluss für einen Unterhaltungszeitraum von 25 Jahren durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag gesichert. Für Flächen, die nicht im Eigentum der Stadt Neuenburg am Rhein liegen, erfolgt zusätzlich eine dingliche Sicherung (Grundbucheintrag). Ebenso wird der Grundstückseigentümer Vertragspartner.</p> <p>Im Rahmen der Ausgleichsplanung wird eine Aussage über die Verfügbarkeit der Flächen getroffen.</p>
<p>A.2.6</p>	<p>Kompensationsverzeichnis</p> <p>Gemäß § 18 Abs. 2 Naturschutzgesetz übermitteln die Gemeinden die erforderlichen Angaben nach § 17 Abs. 6 Satz 2 BNatSchG (Angaben zur Aufnahme in das Kompensationsverzeichnis), wenn Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB in einem Bebauungsplan festgesetzt sind oder Maßnahmen auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen durchgeführt werden. Soweit diese Maßnahmen außerhalb des Eingriffsbebauungsplans liegen, sind diese in das Kompensationsverzeichnis aufzunehmen.</p> <p>Hierfür steht den Gemeinden ein Zugang zu den bauplanungsrechtlichen Abteilungen der Webanwendung „Kompensati-</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Außerhalb des Eingriffsbebauungsplans liegende Maßnahmen werden in das Kompensationsverzeichnis aufgenommen.</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde wird nach der Eintragung der externen Ausgleichsmaßnahmen in das Kompensationsverzeichnis benachrichtigt.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis auf die genannten Verpflichtungen wird in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>onsverzeichnis & Ökokonto Baden-Württemberg"-unter http://www.lubw.bwl.de/servlet/is/71791/ » Zugang Kommune (Bauleitplanung) zur Verfügung. Über diese Webanwendung sind die externen Ausgleichsmaßnahmen in das bauleitplanerische Kompensationsverzeichnis aufzunehmen. Die Eintragung in das bauleitplanerische Kompensationsverzeichnis kann auch durch das hierzu von der Gemeinde beauftragte Planungsbüro erfolgen. Hierzu ist es möglich, dass ein Planungsbüro ebenfalls den Gemeinde-Zugang nutzt und sich unter http://rips-dienste.lubw.baden-wuerttemberg.de/rips/eingriffsregelung/apps/login.aspx?serviceID=33 für einen persönlichen Zugang für eine bestimmte Gemeinde registriert. Vor der Registrierung eines Planungsbüros bedarf es hierzu einer formlosen Zustimmung durch die Gemeinde zu dieser Registrierung per E-Mail an die LUBW.</p> <p>Nach Eintragung der externen Ausgleichsmaßnahmen in die bauplanungsrechtliche Abteilung des Kompensationsverzeichnisses ist der unteren Naturschutzbehörde hiervon Nachricht zu geben.</p> <p>In den zur Sicherung der plangebietsexternen Maßnahmen zu vereinbarenden öffentlich-rechtlichen Vertrag sollte ein entsprechender Hinweis auf die o.a. Verpflichtungen aufgenommen werden.</p>	
	<p>Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p>	
<p>A.2.7</p>	<p>Artenschutz</p> <p>Die artenschutzrechtliche Prüfung der Vögel kommt zu dem Ergebnis, dass die geplante Erweiterung keine erhebliche Beeinträchtigung für die Vogelfauna des Gebiets darstellt, sofern die Schutzzeiten für die Fällung der Bäume eingehalten werden und für den Verlust von Habitatbäumen des Höhlenbrüters Star pro entfallendem Baum ein Nistkasten im Gebiet oder in nahen Umfeld aufgehängt werden. Die Einschätzung ist aus fachlicher Sicht plausibel.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Vorgaben unter 2.7 keine bauordnungsrechtlichen Festsetzungen, sondern lediglich Hinweise sind und die Versickerung in jedem Einzelfall einer wasserrechtlichen Erlaubnis bedarf.</p> <p>Die detaillierte Entwässerungsplanung sollte baldmöglichst bzw. frühzeitig vor der Offenlage mit dem FB 440 abgestimmt werden.</p>	<p>Die Entwässerungskonzeption wurde vom beauftragten Ingenieurbüro Bölk und Gantner überarbeitet und mit dem Fachbereich 440 abgestimmt.</p>
A.3.2	<p>Oberflächengewässer / Gewässerökologie / Hochwasserschutz</p> <p>Zum BBP Gewerbegebiet Zienken wurden verschiedentliche Vorgespräche geführt hinsichtlich der Lage in einem Überschwemmungsgebiet (ÜSG) nach § 65 Abs. 1 WG. Laut § 78 Abs. 1 WHG (n.F.) ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen oder in sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch untersagt.</p> <p>Die Abgrenzung wurde nun so gewählt, dass das neue Baugebiet außerhalb des ÜSG zu liegen kommt und daher ein Konflikt mit dem bestehenden ÜSG vermieden wird. Lediglich im Bereich des Weges Flst.-Nr. 1324/6 liegt eine Fläche von rund 150 m² weiterhin im ÜSG, die laut Hochwassergefahrenkarten bereits bei einem HQ₁₀ überschwemmt wird. Die Ausweisung eines Weges in diesem Bereich fällt aber u. E. nicht unter das Verbot des § 78 Abs. 1 WHG.</p> <p>Die Errichtung des Weges bzw. Aufschüttungen im Vorfeld des eigentlichen Wegesbaus könnten aber im ÜSG unter das Verbot des § 78 Abs. 4 WHG (Errichtung baulicher Anlagen) bzw. § 78 a Abs. 1 Nr. 5 WHG (Erhöhen der Erdoberfläche) fallen. Die entsprechende Befreiung hierfür auf Ebene der Einzelzulassung können wir bei Einhaltung der gesetzlichen Voraussetzungen hierfür in Aussicht stellen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Diese Auffassung wird von der Stadt Neuenburg am Rhein geteilt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Derzeit ist eine Anhebung des Weges nicht geplant. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt eine Anhebung bzw. Aufschüttung des Weges notwendig werden, wird mit der unteren Wasserbehörde geklärt, ob dies unter das Verbot des § 78 Abs. 4 WHG (Errichtung baulicher Anlagen) bzw. § 78 a Abs. 1 Nr. 5 WHG (Erhöhen der Erdoberfläche) fällt. Sollte dies der Fall sein, wird die entsprechende Befreiung hierfür auf Ebene der Einzelzulassung rechtzeitig beantragt.)</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.4.1	<p>Die Situation im Umfeld des Plangebietes ist aus „historisch-gewachsenen“ Gründen eine spezielle. Es stößt Wohnnutzung quasi direkt an ein Gebiet an, welches ausschließlich gewerblich genutzt wird. Hinzu kommt, dass die Zufahrtsstraße zu einem großen Teil dienenden Charakter für den Gewerbebetrieb hat, der am Ende des asphaltierten Teiles liegt. Ein Nutzungskonflikt hinsichtlich Lärm (Gewerbelärm und Verkehr) ist daher nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, diesen Nutzungskonflikt hinsichtlich Lärm im Bebauungsplanverfahren zu untersuchen und den dienenden Verkehr (Mitarbeiter, Andienung, Lieferverkehr) ebenfalls zu berücksichtigen.</p> <p>Für Rückfragen und eine Erörterung der Situation steht die Gewerbeaufsicht selbstverständlich zur Verfügung.</p>	<p>Gemäß den Aussagen der schalltechnischen Untersuchung vom August 2018 stellt die Erhöhung der Verkehrslärmsituation in der Umgebung der Zufahrtstraße keine wesentliche Änderung nach den Vorgaben der 16. BImSchV dar. Die Zufahrtsstraße ist somit weiterhin mit den schutzbedürftigen Nutzungen im Umfeld verträglich.</p> <p>Die Untersuchung des Gewerbelärms hat eine Einhaltung der Immissionsrichtwerte der TA Lärm an allen schutzbedürftigen Nutzungen in der Nachbarschaft ergeben.</p> <p>Durch die Aufstellung des Bebauungsplans werden somit keine Lärmkonflikte hervorgerufen.</p>
A.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.5.1	Im Planungsgebiet selber ist bis auf eine sehr geringe Fläche im Südwesten keine Waldfläche betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.5.2	<p>Das größere der beiden Baufenster unterschreitet den nach § 4 Abs. 3 LBO geforderten Waldabstand an der südwestlichen und an der nordwestlichen Ecke (Darstellung als „Gefährdungsbereich Wald“).</p> <p>Der angrenzende Wald befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Neuenburg.</p> <p>Bei der im Norden angrenzenden Waldfläche handelt es sich um ein nach § 32 LWaldG ausgewiesenes Waldschutzgebiet (Bannwald). Ein Bannwald ist ein sich selbst überlassenes Waldreservat, in dem Pflegemaßnahmen ausgeschlossen sind. Die Herstellung eines Niedrigwaldes als Grundlage für eine Ausnahme vom</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Überlagerung von überbaubarer Fläche und Gefährdungsbereich Wald ist so beabsichtigt. Aufgrund der Tatsache, dass mögliche Erweiterungsflächen für das Firmengelände durch Schutzgebiete, Wald, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete stark eingeschränkt sind, sollen auf dem bestehenden Gelände alle Möglichkeiten zur Nachverdichtung genutzt werden. Es gibt eine Vielzahl von Nutzungen, die nicht dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen und die daher im Gefährdungsbereich zugelassen werden können (z.B. Stellplätze Garagen, Carports, Lagerflächen, Lagerhallen etc.) In die Bauvorschriften wird daher eine Festsetzung aufgenommen, die regelt, dass auf den festgesetzten überbaubaren Flächen,</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Waldabstand ist daher ausgeschlossen. Im „Gefährdungsbereich Wald“ ist somit keine Bebauung mit Gebäuden möglich, die dem ständigen Aufenthalt von Personen dienen. Das Baufenster sollte daher angepasst werden.	die innerhalb des Gefährdungsbereichs Wald liegen, nur Nutzungen zulässig sind, die nicht dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen.
A.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.6.1	Die Löschwasserversorgung wird entsprechend dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW in Abhängigkeit der Nutzung (FwG § 3, LBOAVO § 2 Abs. 5) festgelegt. Bei einem Gewerbegebiet mit einer GFZ ≤ 1,0 ist eine Löschwasserversorgung von mind. 96 m³/Stunde über einen Zeitraum von 2 Stunden sicherzustellen.	Dies wird berücksichtigt. Der Löschwassernachweis wurde durch ein Ingenieurbüro erbracht.
A.6.2	Hydranten sind so anzuordnen, dass die Entnahme von Wasser jederzeit leicht möglich ist. Als Grundlage sind die DVGW-Arbeitsblätter W 331 und W 400 zu beachten.	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
A.6.3	Für Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss, sind in Abhängigkeit der Gebäudehöhe entsprechende Zugänge bzw. Zufahrten und Aufstellflächen zu schaffen (LBOAVO § 2 Abs. 1-4).	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
A.6.4	Zufahrt und Aufstellflächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr sind nach den Vorgaben der VwV - Feuerwehrflächen auszuführen.	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
A.7	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.7.1	Aufgrund naturschutzrechtlicher Schutzgebiete und Ausweisung als Überschwemmungsgebiet besteht lt. vorliegender 9. FNP-Änderung die einzige Erweiterungsmöglichkeit mit 1,74 ha für den Gewerbebetrieb am aktuellen Standort mit einer Teilüberplanung des nördlich angrenzenden Flst. Nr. 1324/10. Weitere	Die aktuellen Planungen der Firma beinhalten auch Nachverdichtungen auf dem bestehenden Firmengelände (z.B. Bürogebäude auf Flst.Nr. 13214/9 zusätzlich Hallengebäude auf den Flst.Nrn. 1324/5 und 1324/8). Die Nachverdichtungen reichen jedoch nicht aus um den Flächenbedarf der Firma zu decken.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Nachverdichtungen (wie z.B. Tiefgarage, mehrstöckiger Hallenbau) im bestehenden Firmengelände seien nicht realisierbar.</p> <p>Das Flurstück Nr. 1324/10 ist gemäß der Digitalen Flurbilanz von Baden-Württemberg der Vorrangflur I zugeordnet und sollte deshalb einer landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben. Diese Gunststandorte sind neben guten bis sehr guten standörtlichen Voraussetzungen, gekennzeichnet durch die ebene Lage, günstige Zuschnitte der Bewirtschaftungseinheiten und eine gute Erschließung. Es ist unbestrittenes raumordnerisches Ziel, den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten. „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden“ (BauGB, § 1a, Abs. 2). Landwirtschaftlich genutzte Flächen sollen, wie § 1a Abs. 1 BauGB fordert, nur im notwendigen Umfang für andere Nutzungsarten vorgesehen und in Anspruch genommen werden.</p> <p>Ein ortsansässiger Landwirt, dessen Betriebssitz ca. 560 m entfernt liegt, nutzt die gesamte Landwirtschaftsfläche mit über 4,5 ha zum Anbau von Getreide (4 ha), als Ökologische Vorrangfläche (0,27 ha) und als Wiese (0,2 ha) für seine Tiere. Aufgrund einer erteilten Aufforstungsgenehmigung am nördlichen Flurstückrand hat er bereits Landwirtschaftsflächen verloren.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Flurstück 1324/10 wird derzeit in seinem südlichen Bereich nur zu einem kleinen Teil überplant, da der größte Teil des Grundstücks derzeit als Überschwemmungsgebiet (HQ-100) zu betrachten ist. Gleichwohl ist es Absicht der Firma auch die nördlich anschließenden Bereiche als Optionen für eine zukünftige Betriebserweiterung zu nutzen, falls die Voraussetzungen bezüglich des HQ-100 dafür geschaffen werden können.</p> <p>Der Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Böden wurde sachgerecht in die Abwägung eingestellt. Aufgrund der örtlichen Situation, die das bestehende Firmengelände durch Schutzgebiete, Waldflächen, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete einschränkt und aufgrund der Tatsache, dass selbst die durch Nachverdichtung auf dem Firmengelände generierten Flächen nicht für den aktuellen Bedarf ausreichen, hat sich die Gemeinde entschlossen, den Belangen der Ortsentwicklung und der Sicherung von Flächen, für die zukünftige bauliche Entwicklung einer ortsansässigen Firma, den Vorrang vor den Belangen der Landwirtschaft einzuräumen. Die Gemeinde hat gemäß BauGB neben den Belangen der Landwirtschaft auch die Belange der Wirtschaft und ihrer mittelständischen Struktur in der Abwägung zu berücksichtigen.</p>
A.7.2	<p>Den Planunterlagen konnten keine Aussagen zur Erschließung der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Restflächen entnommen werden. Die aktuelle Erschließungsstraße für den Gewerbebetrieb und Bewirtschafter führt dann mitten durch das erweiterte Gewerbegebiet. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass der betroffene Landwirt seiner Bewirtschaftungspflicht gem. § 26 Landwirtschafts- und Landeskultugesetz BW (LLG) nur nachgekommen kann, sofern diese Flächen ausreichend erschlossen sind.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>An der derzeit bestehenden Erschließung ändert sich nichts, da der land- und forstwirtschaftliche Weg nicht verändert wird.</p> <p>Die gewerbliche Erweiterungsfläche nördlich des Weges erstreckt sich nicht über die komplette Breite des Flurstücks Nr. 1324/10. Sowohl westlich, als auch östlich grenzt die landwirtschaftliche Fläche direkt an die bestehende, und in der vorliegenden Planung dargestellte „Verkehrsfläche“ an. Die Breite von ca. 45 m (westlich) bzw. ca. 16 m (östlich) ist auch für größere landwirtschaftliche Maschinen ausreichend dimensioniert.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7.3	<p>Sofern an der vorliegenden Planung festgehalten wird, sind folgende Punkte zwingend zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Zufahrt zu und von landwirtschaftlichen Grundstücken muss nach einer Bebauung erhalten bleiben. Sind Änderungen unumgänglich, so müssen eventuelle Hindernisse und Umwege noch zumutbar und mit künftig größeren Maschinen auch befahrbar sein. - Wir weisen darauf hin, dass die an das Plangebiet angrenzenden Flächen weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Auch unter Einhaltung der guten fachlichen Praxis entstehen durch die Bewirtschaftung Emissionen wie Staub, Gerüche und Lärm. - Kompensationsmaßnahmen: Der Verbrauch von weiteren landwirtschaftlichen Flächen für naturschutzfachliche Eingriffs-/ Ausgleichsmaßnahmen ist gemäß § 15 (3) BNatSchG dringend zu vermeiden. - Bei der geplanten Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist die zuständige Landwirtschaftsbehörde gemäß NatSchG § 15 (6) NatSchG bei der Auswahl der Flächen frühzeitig, d.h. noch in der Planungsphase zu beteiligen. 	<p>Dies wird wie folgt teilweise berücksichtigt.</p> <p>Die gewerbliche Erweiterungsfläche erstreckt sich nicht über die komplette Breite des Flurstücks Nr. 1324/10. Sowohl westlich, als auch östlich grenzt die landwirtschaftliche Fläche direkt an die bestehende, und in der vorliegenden Planung dargestellte „Verkehrsfläche“ an. Die Breite von ca. 45 m (westlich) bzw. ca. 16 m (östlich) ist auch für größere landwirtschaftliche Maschinen ausreichend dimensioniert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die an das Planungsgebiet angrenzenden Ackerflächen wurden bereits aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen und sollen zukünftig auch nicht mehr bewirtschaftet werden. Dennoch wird ein entsprechender Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird dahingehend berücksichtigt, dass für die Ausgleichsplanung zwei Flurstücke (Flst. Nr. 1324 und Flst. Nr. 1324/3), auf denen keine Ackernutzung stattfindet, in Anspruch genommen und aufgewertet werden. Zum vollständigen Ausgleich von Eingriffen, müssen jedoch auch, da keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen, 7280 m² Ackerflächen nördlich des Planungsgebiets (Teilfläche Flst. Nr. 1324/10) in Anspruch genommen werden. Das gesamte Flurstück wurde dem Pächter bereits 2017 gekündigt und liegt derzeit brach, bzw. soll auch nicht mehr bewirtschaftet werden.</p> <p>Der genannte Sachverhalt wurde dem FB 580 Landwirtschaft frühzeitig dargelegt. Eine weitere Beteiligung im Verfahren wird zugesagt.</p> <p><i>[Dieser o.g. Beschlussvorschlag (Ziffer A.7.3) entspricht nicht mehr dem Stand der aktuellen Planung. Die zur Offenlage geplanten externen Ausgleichsmaßnahmen E 3 und E 4 auf den Flst.Nrn. 1324/3 (E 3: Entwicklung artenreicher Magerrasenstrukturen) und 1324 (E 4: Aufwertung bestehender Hochstaudenfluren) sind in einem zwischenzeitlich aktualisierten Maßnahmenkonzept nicht mehr berücksichtigt. Hingegen wird das verbleibende Kompensationsdefizit nun als externe Ersatzmaßnahme E 3 auf den Flst.Nrn. 4099 und 2676/0 der Stadt Müllheim, Gemarkung Britzingen, durch die Anlage von Trockenmauern ausgeglichen.]</i></p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7.4	<p>Wir bitten um Berücksichtigung der vorgetragene agrarstrukturellen Belange, der landwirtschaftlichen Bedeutung dieser Fläche und sachgerechte Abwägung im weiteren Verfahren.</p> <p>Aus agrarstruktureller Sicht wird die vorliegende Planung aufgrund der Einstufung der Flächen, Zerschneidung der über 4 ha großen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungseinheit und mangels gesicherter Erschließung der Restflächen abgelehnt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Gemeinderat der Stadt Neuenburg am Rhein wägt die öffentlichen und privaten Belange, Stellungnahmen und Anregungen untereinander und gegeneinander ab.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die ablehnende Haltung ist für die Stadt Neuenburg am Rhein aber nicht nachvollziehbar. Die Firma konnte das Grundstück bereits erwerben. Die an das Planungsgebiet angrenzenden Ackerflächen wurden bereits aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen und sollen zukünftig auch nicht mehr bewirtschaftet werden. Abgesehen davon sind die nicht innerhalb des Bebauungsplans liegenden Flächen weiterhin über den vorhandenen Weg angebunden.</p>
<p>A.8 Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 14.03.2018)</p>		
	<p>Luftrechtlich bestehen aus Sicht der Landesluftfahrtbehörde Regierungspräsidium Stuttgart gegen den Bebauungsplan und die Bauvorschriften „Gewerbegebiet Zienken“ grundsätzlich keine Bedenken.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>A.9 Regierungspräsidium Freiburg – Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg (Schreiben vom 08.03.2018)</p>		
A.9.1	<p>Zu den Planungen haben wir auch im Rahmen der 9. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Neuenburg Stellung genommen. Um Berücksichtigung der dort angegebenen Darstellungen und Waldflächen wird gebeten.</p> <p>Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass es sich bei der im Norden angrenzenden Waldfläche um Bannwald handelt, die Fläche ist nach § 32 LWaldG ausgewiesen. Es wird daher empfohlen zur Einhaltung des erforderlichen Waldabstands nach LBO, die Abgrenzung des Baufters anzupassen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Flächennutzungsplanverfahren ist nicht Gegenstand des vorliegenden Bebauungsplanverfahrens. Im Rahmen des Flächennutzungsplanverfahrens wägt der Gemeinderat der Stadt Neuenburg am Rhein die öffentlichen und privaten Belange, Stellungnahmen und Anregungen der 9. Flächennutzungsplanänderung untereinander und gegeneinander ab.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Überlagerung von überbaubare Fläche und Gefährdungsbereich Wald ist so beabsichtigt. Aufgrund der Tatsache, dass mögliche Erweiterungsflächen für das Firmengelände durch Schutzgebiete, Wald, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete stark eingeschränkt sind, sollen auf dem bestehenden Gelände alle Möglichkeiten zur Nachverdichtung genutzt werden. Es gibt eine Vielzahl von Nutzungen, die nicht dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen und die daher im Gefährdungsbereich zugelassen werden können (z.B. Stellplätze Garagen, Carports, Lageflächen, Lagerhallen etc.) In die Bauvorschriften wird daher eine Festsetzung aufgenommen, die regelt, dass auf den festgesetzten überbaubaren Flächen, die innerhalb des Gefährdungsbereichs Wald liegen, nur Nutzungen zulässig sind, die nicht dem dauernden</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der unteren Forstbehörde verwiesen.</p>	<p>Aufenthalt von Menschen dienen. Wird zur Kenntnis genommen. Vgl. Ziffer A.5</p>
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 27.02.2018)	
A.10.1	<p>Geotechnik</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich quartärer Lockergesteine (Talauschotter der Neuenburg-Formation, Holozänes Auensediment, Jüngerer Flusssand) unbekannter Mächtigkeit.</p> <p>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind sowie mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.</p>
A.10.2	<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	gen.	
A.10.3	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.10.4	<p>Grundwasser</p> <p>Auf die Lage des Plangebiets innerhalb der Zone III B des rechtskräftigen Wasserschutzgebiets „WSG-Neuenburg TB Grißheim II“ (WSG-Nr. 315132) wird im Umweltbericht hingewiesen.</p> <p>Weitere Hinweise, Anregungen oder Bedenken sind aus hydrogeologischer Sicht zum Planungsvorhaben nicht vorzubringen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.10.5	<p>Bergbau</p> <p>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.10.6	<p>Geotopschutz</p> <p>Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.10.7	<p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Die lokalen geologischen Untergrund Verhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</p> <p>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	Wird zur Kenntnis genommen
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 56 - Naturschutz und Landschaftspflege (Schreiben vom 30.01.2018)	
A.11.1	Belange der Höheren Naturschutzbehörde sind durch diese Planung nicht berührt. Die naturschutzfachlichen und -rechtlichen Belange sind von der unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald zu vertreten.	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.11.2	<p>In Kap. 9.3 des Umweltberichts wird aufgeführt, dass entsprechende ökologische Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets notwendig sind und im Verfahrensverlauf konkretisiert werden. Diesbezüglich möchten wir darauf hinweisen, dass auf den Flurstücken Nr. 1324 und 1324/3, welche zwischen südlicher Plangebietsgrenze und NSG-Grenze liegen und im Eigentum der Stadt Neuenburg sind, ein naturschutzfachliches Aufwertungspotential vorhanden ist (Entwicklung von Magerrasen aus Ruderalvegetation/Hochstaudenflur sowie Aufwertung des Waldbestandes). Wir bitten Sie, diese Flächen entsprechend in Ihre Ausgleichsflächensuche mit einzubeziehen. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Naturschutzgebiet „Sandkopf“, der Lage im FFH-Gebiet sowie dem Auftreten von Pflanzenarten des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg entlang des Waldweges auf den beiden o.g. Flurstücken sowie bezüglich Zielsetzung und möglichen Maßnahmen als Ausgleich dürfen Sie uns gerne kontaktieren.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Flächen werden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem RP Freiburg Ref. 56 für den Ausgleich herangezogen.</p> <p><i>[Dieser o.g. Beschlussvorschlag (Ziffer A.11.2) entspricht nicht mehr dem Stand der aktuellen Planung. Die zur Offenlage geplanten externen Ausgleichsmaßnahmen E 3 und E 4 auf den Flst.Nrn. 1324/3 (E 3: Entwicklung artenreicher Magerrasenstrukturen) und 1324 (E 4: Aufwertung bestehender Hochstaudenfluren) wurden durch eine aktualisiertes Maßnahmenkonzept ersetzt. Demnach werden nun zur Satzungsfassung die Anlage von Trockenmauern auf den Flst.Nrn. 4099 und 2676/0 der Stadt Müllheim, Gemarkung Britzingen, als externe Ersatzmaßnahme E 3 berücksichtigt, um das verbleibende Kompensationsdefizit auszugleichen.]</i></p>
<p>A.12 Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst BW (Schreiben vom 01.02.2018)</p>		
A.12.1	<p>Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und Bombardierungen, die während des 2. Weltkrieges stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau(Planungs-)verfahren eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten durchzuführen.</p> <p>Alle nicht vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potentielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen.</p> <p>Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg allerdings Luftbildauswertungen für Dritte, zur Beurteilungen möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken auf vertraglicher Basis nur noch kostenpflichtig durchführen.</p> <p>Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordrucks beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können auch unter www.rp-stuttgart.de (->Service->Formulare und Merkblätter) gefunden werden.</p> <p>Bitte beachten Sie hierzu auch den Anhang.</p>	<p>Dies wird bereits berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Gewerbegebiet Zienken“ wurde für die geplante Erweiterungsflächen von der Firma Kaltenbach beim Büro Dr. Hinkelbein eine Luftbildauswertung für Kampfmittelbelastung in Auftrag gegeben.</p> <p>Die Luftbildauswertung hat keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Sprengbomben-Blindgängern innerhalb des Untersuchungsgebietes ergeben. Es besteht keine Notwendigkeit, den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg (KMBD) oder ein anderes autorisiertes Unternehmen zu weiteren Erkundungen einzuschalten.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt zur Zeit mind. 32 Wochen ab Auftragseingang.</p> <p>Bei eventuellen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung.</p>	
<p>A.13 Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 20.02.2018)</p>		
A.13.1	<p>Mit der Planung der Stadt Neuenburg soll einem bereits seit einigen Jahrzehnten am Standort ansässigen und kontinuierlich gewachsenen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, der Maschinenbau Kaltenbach GmbH, die dringend notwendige betriebliche Erweiterung ermöglicht werden. Dies wird begrüßt, kann die Stadt doch so einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung des Standortes und der hiermit verbundenen Arbeitsplätze leisten.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.13.2	<p>Für das bestehende Werksgelände existiert bisher kein Bebauungsplan. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll nun Bestands- und Erweiterungsgelände umfassen. In der Umgebung des Firmenareals existieren diverse Restriktionen, die zu beachten bzw. diverse Aspekte, die miteinander zu vereinbaren sind. Da die diesbezüglichen Planungsziele angemessen formuliert sowie über Festsetzungen umgesetzt worden sind, werden keine Bedenken geäußert. Das Unternehmen erhält hiermit auch eine höhere Planungs- und Investitionssicherheit.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.13.3	<p>Zur erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplanes, welche im Parallelverfahren vorgenommen wird, sind zurzeit keine separaten Anmerkungen notwendig.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
<p>A.14 Regionalverband Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 19.02.2018)</p>		
A.14.1	<p>Die Firma Kaltenbach beabsichtigt das bestehende Werksgelände zu erweitern. Primär soll die Erweiterung Richtung Norden erfolgen. Ein Geländestreifen westlich der Betriebsgebäude, der bereits jetzt als Stellplatz- und Lagerfläche genutzt wird, soll auch in die Gewerbefläche mit einbezogen werden. Dieser westliche Gewerbegebietsstreifen grenzt unmittelbar an einen Regionalen Grünzug an. Unter Berücksichtigung des maßstabsbezogenen Ausformungsspielraums besteht in</p>	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>diesem konkreten Fall kein Zielkonflikt. Eine darüber hinausgehende Siedlungsentwicklung in den Regionalen Grünzug hinein würde jedoch Ziele der Raumordnung verletzen und könnte aus regionalplanerischer Sicht nicht mitgetragen werden.</p> <p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplans erfolgt gleichzeitig die 9. FNP-Änderung im Parallelverfahren.</p>	
A.15	<p>Amprion GmbH (Schreiben vom 05.02.2018)</p>	
A.15.1	<p>Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.16	<p>PLEdoc GmbH (Schreiben vom 09.02.2018)</p>	
A.16.1	<p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p><u>Achtung:</u> Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.16.2	<p><u>Von uns verwaltete Versorgungsanlagen</u> der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme <u>nicht betroffen</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Grid Europe GmbH, Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungs- 	Wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	unternehmen mbH & Co. KG, Straelen <i>(hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)</i> • Viatel GmbH, Frankfurt	
A.16.3	Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.16.4	Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.	Der Sachverhalt ist richtig dargestellt.
A.16.5	Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.	Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesichert.
A.17	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 29.01.2018)	
A.17.1	Gegen die im Betreff angegebene Maßnahme bestehen bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, bis zu einer maximalen Bauhöhe von 30,00 m über Grund, keine Bedenken. Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weiterhin zu beteiligen.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesichert.
A.18	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V. (Schreiben vom 07.03.2018)	
A.18.1	Im Nachfolgenden erläutern wir unsere Stellungnahme und bitten um Prüfung der genannten Punkte. Für Nachfragen und zukünftiger Zusammenarbeit hinsichtlich der Anmerkungen stehen wir gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
A.18.2	Flächenverbrauch Zunächst müssen wir leider darauf hinweisen, dass wir als Interessensvertreter der landwirtschaftlichen Belange das geplante Vorhaben keineswegs begrüßen können. Durch seine Umsetzung und im Anbetracht des stetigen Flächen-	Dies wird nicht berücksichtigt. Der Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Böden wurde sachgerecht in die Abwägung eingestellt. Aufgrund der örtlichen Situation, die das bestehende Firmengelände durch Schutzgebiete, Waldflächen, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete einschränkt und aufgrund der Tatsa-

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>schwunds gehen weitere landwirtschaftliche Flächen unwiderruflich für die Landwirtschaft verloren. Daher fordern wir eine erneute Erforderlichkeitsprüfung der beabsichtigten baurechtlichen Änderungen unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange.</p>	<p>che, dass selbst die durch Nachverdichtung auf dem Firmengelände generierten Flächen nicht für den aktuellen Bedarf ausreichen, hat sich die Gemeinde entschlossen, den Belangen der Ortsentwicklung und der Sicherung von Flächen, für die zukünftige bauliche Entwicklung einer ortsansässigen Firma, den Vorrang vor den Belangen der Landwirtschaft einzuräumen. Die Gemeinde hat gemäß BauGB neben den Belangen der Landwirtschaft auch die Belange der Wirtschaft und ihrer mittelständischen Struktur in der Abwägung zu berücksichtigen.</p>
<p>A.18.3</p>	<p>Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Weiterhin möchten wir darauf hinweisen, dass bei den mit dem Vorhaben zusammenhängenden Ausgleichsmaßnahmen schonend mit dem Ackerland umzugehen ist. Bei deren Vornahme auf eine sachgerechte Abwägung von Ausgleichs-/Kompensationsflächen und eine frühzeitige Einbindung von Landwirten und Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange zu achten ist.</p>	<p>Der Hinweis wird dahingehend berücksichtigt, dass für die Ausgleichsplanung zwei Flurstücke (Flst. Nr. 1324 und Flst. Nr. 1324/3), auf denen keine Ackernutzung stattfindet, in Anspruch genommen und aufgewertet werden. Zum vollständigen Ausgleich von Eingriffen, müssen jedoch auch, da keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen, 7280 m² Ackerflächen nördlich des Planungsgebiets (Teilfläche Flst. Nr. 1324/10) in Anspruch genommen werden. Das gesamte Flurstück wurde dem Pächter bereits 2017 gekündigt und liegt derzeit brach, bzw. soll auch nicht mehr bewirtschaftet werden.</p> <p>Der genannte Sachverhalt wurde dem FB 580 Landwirtschaft frühzeitig dargelegt.</p> <p><i>[Dieser o.g. Beschlussvorschlag (Ziffer A.18.3) entspricht nicht mehr dem Stand der aktuellen Planung. Die zur Offenlage geplanten externen Ausgleichsmaßnahmen E 3 und E 4 auf den Flst.Nrn. 1324 und 1324/3 werden in einem zwischenzeitlich aktualisierten Maßnahmenkonzept nicht mehr berücksichtigt. Hingegen wird das verbleibende Kompensationsdefizit nun als externe Ersatzmaßnahme E 3 auf den Flst.Nrn. 4099 und 2676/0 der Stadt Müllheim, Gemarkung Britzingen, durch die Anlage von Trockenmauern ausgeglichen.]</i></p>
<p>A.19</p>	<p>Stadt Freiburg im Breisgau – Stadtplanungsamt (Schreiben vom 27.02.2018)</p>	
<p>A.19.1</p>	<p>Nach Prüfung der Planunterlagen hat das Umweltschutzamt der Stadt Freiburg i. Br., Fachbereich Energie, folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p>„Die Änderung des B-Planes „Erweiterung Gewerbegebiet Zienken“ wird zur Kenntnis genommen. Mehrfach wurden in den Treffen zur Region Freiburg - Fachgruppe Umwelt - die frühere Untersuchung der Energieagentur im Auftrag der FWTM angesprochen, in der die energie-</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	tischen Potenziale in der Region Freiburg analysiert wurden. Wir begrüßen, dass Anlagen, die zur regenerativen Energiegewinnung dienen (Solaranlagen/Photovoltaik), im gesamten Plangebiet zulässig sind und ausdrücklich befürwortet werden. Damit trägt dieser B-Plan zur Weiterentwicklung der „Solarregion Freiburg“ bei."	

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB ALB Abfallwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 320 Gesundheitsschutz (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger (gemeinsames Schreiben vom 02.03.2018)
B.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 21.02.2018)
B.7	bnNETZE GmbH (Schreiben vom 13.02.2018)
B.8	ED Netze GmbH (Schreiben vom 05.02.2018) – keine weitere Beteiligung
B.9	terraneTS bw GmbH (Schreiben vom 29.01.2018) – keine weitere Beteiligung
B.10	Unitymedia BW GmbH (Schreiben vom 05.02.2018)
B.11	Vermögen und Bau Baden-Württemberg (Schreiben vom 29.01.2018)
B.12	Gemeinde Schliengen (Schreiben vom 19.02.2018)
B.13	Gemeinde Bad Bellingen (Schreiben vom 29.01.2018)
B.14	Gemeinde Hartheim (Schreiben vom 22.02.2018)
B.15	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz

B.16	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege Dienstsitz Freiburg
B.17	Communauté de Communes, Porte de France Rhin-Sud
B.18	Deutsche Telekom Technik GmbH
B.19	EnergieDienst AG
B.20	Deutsche Erdgas-Transportgesellschaft Ruhrgas AG
B.21	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
B.22	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.
B.23	Gemeinde Auggen
B.24	Gemeinde Buggingen
B.25	Gemeinde Eschbach
B.26	Stadt Heitersheim
B.27	Stadt Müllheim
B.28	Gemeinde Badenweiler
B.29	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler
B.30	Gewerbepark Breisgau
B.31	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit
B.32	Deutsche Post Bauen GmbH
B.33	Abwasserzweckverband „Weilertal“
B.34	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – Sparte Verwaltungsaufgaben
B.35	NABU
B.36	Handwerkskammer
B.37	Handelsverband Südbaden e.V.
B.38	Polizeiposten Neuenburg am Rhein

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.